
**Vertrag über die technische Betriebsführung
eines Gasversorgungsnetzes
(Betriebsführungsvertrag)**

zwischen

Feuchter Gemeindewerke GmbH

Unterer Zeidlerweg 1

90537 Feucht

- nachstehend als „*Auftraggeber*“ bezeichnet -

und

...

- nachstehend als „*Auftragnehmer*“ bezeichnet-

- beide einzeln oder gemeinsam nachstehend als „*Vertragspartner*“ bezeichnet -

Inhaltsverzeichnis

1.	Vertragsgegenstand	1
2.	Vertragsbestandteile	1
3.	Grundsätze der Zusammenarbeit, Informationspflichten, Dokumentation	2
4.	Jahresplanung und Beauftragung von abrufbaren Leistungen	3
5.	Personal, Geräte, Material-, Ersatz- und Reserveteile	4
6.	Unterbeauftragung	4
7.	Zutrittsrechte	5
8.	Vergütung, Preisgleitung	5
9.	Abrechnung, Zahlung	7
10.	Haftung, höhere Gewalt	9
11.	Laufzeit, Kündigung	10
12.	Schlussbestimmungen	10

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung, Stand TT.MM.2026 inklusive Anlage
- Anlage 2: Preisblatt Betriebsführung, Stand: TT.MM.2026 auf Grundlage des verbindlichen Angebotes des Auftragnehmers vom TT.MM.2026
- Anlage 3: Vereinbarung zur Datenschutzgrundverordnung, Stand: TT.MM.2026

1. Vertragsgegenstand

- 1.1 Der Auftraggeber ist Verteilernetzbetreiber des Gasversorgungsnetzes der allgemeinen Versorgung auf dem Gebiet der Marktgemeinde Feucht (im Folgenden: Gasversorgungsnetz). Eigentümer des Gasversorgungsnetzes ist der Auftraggeber.
- 1.2 Dieser Vertrag regelt die technische Betriebsführung des Gasversorgungsnetzes des Auftraggebers durch den Auftragnehmer nach DVGW-Arbeitsblatt G 1000 oder gleichwertig.
- 1.3 Der Auftragnehmer ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers berechtigt, im Rahmen der ihm übertragenen Aufgaben rechtsverbindliche Willenserklärungen für den Auftraggeber abzugeben. Davon ausgenommen sind Anweisungen der Technischen Führungskraft im Rahmen ihrer Handlungsvollmachten bei sicherheitsrelevanten Ereignissen, z.B. die Anordnung von Sperrungen.
- 1.4 Der Auftragnehmer führt die wahrzunehmenden Aufgaben mit der verkehrsüblichen und gebotenen Sorgfalt eines ordentlichen Betriebsführers durch. Er wird dabei alle einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen und allgemein anerkannte Regeln der Technik beachten.
- 1.5 Der Auftraggeber wird Leistungen oder Teilleistungen, mit deren Durchführung der Auftragnehmer beauftragt wurde, nicht ohne schriftliche Zustimmung des Auftragnehmers selbst durchführen oder eigenständig an Dritte vergeben.
- 1.6 Die Kommunikation mit Behörden und Verbänden ist nicht Vertragsbestandteil. Werden von Behörden oder Verbänden Auswertungen, Statistiken oder Berichte zu den Leistungsbestandteilen beim Auftraggeber abgefragt, wird der Auftragnehmer, sofern die notwendigen Daten vorhanden und nicht durch den Auftraggeber selbst zu ermitteln sind, dem Auftraggeber die entsprechenden Daten zur Verfügung stellen. Die Kommunikation selbst erfolgt durch den Auftraggeber.

Davon ausgenommen sind Meldungen, die aufgrund von Anforderungen der gesetzlichen Vorschriften oder des technischen Regelwerkes durch die Technische Führungskraft erfolgen müssen, insbesondere Unfallschnellmeldung oder Schadensschnellmeldungen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber unverzüglich eine Kopie der Schnellmeldung übermitteln

2. Vertragsbestandteile

- 2.1 Die nachstehend aufgeführten Unterlagen sind Bestandteile dieses Vertrages und gelten bei Widersprüchen in nachfolgender Rang- und Reihenfolge:
 - 2.1.1 die Bestimmungen dieses Vertrages;
 - 2.1.2 die Leistungsbeschreibung, Stand TT.MM.2026 (Anlage 1);
 - 2.1.3 das Preisblatt Betriebsführung, Stand: TT.MM.2026 auf Grundlage des verbindlichen Angebotes des Auftragnehmers vom TT.MM.2026 (Anlage 2);

- 2.1.4 die Vereinbarung zur Datenschutzgrundverordnung, Stand: TT.MM.2026 (Anlage 3);
- 2.1.5 die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches.
- 2.2 Eigene Vertragsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere allgemeine Zahlungs- und Lieferbedingungen werden nicht anerkannt und haben auch dann keine Gültigkeit, wenn im Angebot des Auftragnehmers oder in sonstigen Schriftstücken auf sie Bezug genommen wird. Davon ausgenommen sind ggf. technische Richtlinien und Ausführungsbestimmungen des Auftragnehmers, sofern Sie den unter 2.1 genannten Vertragsbestandteilen nicht widersprechen, sondern diese lediglich ergänzen und detaillieren.

3. Grundsätze der Zusammenarbeit, Informationspflichten, Dokumentation

- 3.1 Die Vertragspartner verpflichten sich zur vertrauensvollen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit sowie Unterstützung in allen Angelegenheiten gemäß den im Leistungsverzeichnis festgelegten Leistungsinhalten.
- 3.2 Die Vertragspartner benennen sich gegenseitig Ansprechpartner für die gesamte Kommunikation im Rahmen der Abwicklung der Leistungen innerhalb dieses Vertrages. Änderungen der Ansprechpartner sind rechtzeitig, mindestens vier Wochen vor Inkrafttreten der Änderungen, schriftlich oder in Textform dem jeweils anderen Vertragspartner mitzuteilen.
- 3.3 Der Auftragnehmer wird dafür Sorge tragen, dass die Betriebsführung des Gasversorgungsnetzes mit dem höchstmöglichen Maß an Wirtschaftlichkeit und Effizienz im Bereich der Gasversorgung erfolgt.
- 3.4 Zur Abwicklung der übertragenen Aufgaben stellt der Auftraggeber dem Auftragnehmer alle Unterlagen, die zur Erfüllung dieses Vertrages erforderlich sind, wie Sachdaten, Bestandspläne und Auswertungen der beim Auftraggeber vorhandenen Dokumentation kostenlos zur Verfügung, sofern diese sich nicht bereits im Eigentum des Auftragnehmers befinden. Die Bereitstellung der Unterlagen erfolgt elektronisch in einem zwischen den Vertragspartnern vereinbarten Datenformat.
- 3.5 Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber alle für die Erfüllung der gesetzlichen und regulatorischen Pflichten (z.B. Monitoring, Veröffentlichungspflichten, Störungsstatistik) erforderlichen Informationen und Daten zur Verfügung.
- 3.6 Der Auftraggeber stellt sicher, dass alle Bestandsdaten, die sich im Eigentum des Auftraggebers befinden, vom Auftraggeber aktualisiert werden und dem Auftragnehmer jederzeit zur Verfügung stehen.
- 3.7 Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber in Jahresberichten schriftlich über alle technischen und wirtschaftlichen Ereignisse die Betriebsführung betreffend. Dies gilt insbesondere für Informationen über die Zähler- und Reglerbewirtschaftung, den Turnus von Wartungsarbeiten sowie Informationen über gesetzliche, insbesondere eich-

rechtliche, Änderungen. Eventuelle Nachfragen des Auftraggebers zu den Ereignissen in den Jahresberichten wird der Auftragnehmer unentgeltlich schriftlich beantworten.

- 3.8 Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber spätestens bis zum 01.10. eines jeden Jahres alle für die Erstellung der Wirtschafts- und Finanzpläne des kommenden Jahres erforderlichen Informationen und Daten (z.B. erforderliche Informationen) zur Verfügung.
- 3.9 Die Vertragspartner werden sich gegenseitig unaufgefordert und rechtzeitig über alle Angelegenheiten, Ereignisse und Zusammenhänge unterrichten, die im Zusammenhang mit dem Betrieb der Anlage von Bedeutung sind. Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber besondere Betriebsvorkommnisse, insbesondere die mögliche Gefährdung der Gasversorgung unverzüglich mit. Bei Störungen sind deren Dauer, die möglichen Ursachen sowie die geplanten und getroffenen Abhilfemaßnahmen und deren Dauer anzugeben.
- 3.10 Die Originaldokumentation der durchgeführten Wartungs- und Instandhaltungsprotokolle verbleibt beim Auftragnehmer, der Auftraggeber erhält mit der Abrechnung eine Auflistung der durchgeführten Tätigkeiten sowie die jeweiligen Ergebnisse.
- 3.11 Protokolle über Zähler- und/oder Reglerwechsel, Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten, Eichungen, die Anmeldung einer Gasanlage einschließlich der Formulare des Heizungsbauers werden dem Auftraggeber durch den Auftragnehmer laufend in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Alle zur Abrechnung an den Endkunden relevanten Protokolle (Zähler) werden dem Auftraggeber unverzüglich in Kopie zugesandt.
- 3.12 Zur Abwicklung der zu übertragenden Betriebsführungsaufgaben werden die technischen Daten für im Rahmen dieses Vertrages zu bewirtschaftende Bauelemente und Baugruppen durch den Auftragnehmer elektronisch erfasst und in den DV-Systemen des Auftragnehmers dokumentiert.
- 3.13 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Dokumentationsunterlagen gemäß den geltenden Regelwerken zu archivieren.

4. Jahresplanung und Beauftragung von abrufbaren Leistungen

- 4.1 Der Auftragnehmer erstellt in Abstimmung mit dem Auftraggeber und dessen gelieferten Daten eine Jahresplanung über die abrufbaren Leistungen, so dass der Auftraggeber sein Budget für Netzbaumaßnahmen planen und steuern kann.
- 4.2 Eine Abschätzung hinsichtlich des Bauvolumens des nächsten Jahres ist durch den Auftragnehmer bis zum 31.08. des aktuellen Jahres zu treffen und dem Auftraggeber mitzuteilen. Die Vertragspartner werden sich bis spätestens zum 30.09. des Jahres auf Basis der Abschätzung des Auftragnehmers in einer gemeinsamen Besprechung zur Budgetplanung über das Jahresgesamtbudget des nächsten Jahres verständigen. Das Jahresgesamtbudget ist vom Auftraggeber schriftlich zu genehmigen.

- 4.3 Ist auf Grund eines unvorhersehbaren Kostenanfalls eine Überschreitung des Jahresgesamtbudgets in Höhe von 10 % zu erwarten, stimmen die Vertragspartner das weitere Vorgehen (Budgeterhöhung, zeitliche Verschiebung geplanter Maßnahmen) ab.
- 4.4 Der Auftragnehmer ist gehalten, in dringenden Fällen, in denen sich durch ein Abwarten der Beauftragung von abrufbaren Leistungen durch den Auftraggeber negative Auswirkungen auf den Netzbetrieb ergeben würden, insbesondere bei Gefahr im Verzug, nicht beauftragte Einzelmaßnahmen unverzüglich durchzuführen bzw. durchführen zu lassen und die nachträgliche Beauftragung durch den Auftraggeber unverzüglich nachzuholen.

5. Personal, Geräte, Material-, Ersatz- und Reserveteile

- 5.1 Der Auftragnehmer hat die zur Erfüllung seiner vertraglichen Aufgaben benötigten Werkzeuge, Geräte und Fahrzeuge und das benötigte Personal bereitzuhalten sowie alle erforderlichen Materialien, Ersatz- und Reserveteile in ausreichender Menge auf Lager zu halten. Als Ersatzteile sind grundsätzlich Originalteile zu verwenden. Für den Fall, dass solche nicht mehr zu beschaffen sind, ist der Auftragnehmer berechtigt, gleichwertige Ersatzteile anderen Fabrikats zu verwenden.
- 5.2 Der Auftragnehmer führt seine vertraglichen Aufgaben entweder mit eigenem Personal, Werkzeugen, Geräten und Fahrzeugen oder mit von ihm beauftragten Dritten durch und stellt die erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung.
- 5.3 Vom Auftragnehmer für den Auftraggeber erstellte Anlagen gehen mit Fertigstellung bzw. Einbau und vollständiger Bezahlung in das Eigentum des Auftraggebers über, sofern nicht bereits ein gesetzlicher Eigentumsübergang stattfindet.

6. Unterbeauftragung

- 6.1 Der Auftragnehmer wird, sofern ihm dies technisch und wirtschaftlich zumutbar ist, den Auftraggeber auf dessen Verlangen mit der Durchführung einzelner Leistungen im Rahmen der Betriebsführung, insbesondere der Überprüfung der Hauseinführung (innen), der Reglerbewirtschaftung, dem Messstellenbetrieb und der Fremdbaustelleneinweisung, beauftragen und an ihn eine angemessene marktübliche Vergütung zahlen, welche der Vergütung gemäß des finalen Preisangebotes des Auftragnehmers vom TT.MM.2026 (Anlage 2), gegebenenfalls aufgrund der Regelungen dieses Vertrages angepasst, entspricht. Ziel ist, dass die durch den Auftraggeber selbst durchgeführten Leistungen im Rahmen dieses Betriebsführungsvertrages kostenneutral sind.
- 6.2 Vor der Übernahme von Leistungen durch den Auftraggeber im Wege der Unterbeauftragung ist durch separate Vereinbarungen sicherzustellen, dass die Vorgaben des Regelwerkes, die eindeutige Zuordnung der Verantwortung und die Aufgabenerfüllung der Technischen Führungskraft gewährleistet sind.

- 6.3 Der Auftragnehmer und der Auftraggeber stimmen sich über die zu verwendenden Formulare ab.
- 6.4 Der Auftraggeber berichtet dem Auftragnehmer im Falle der Unterbeauftragung laufend unverzüglich über durchgeführte Maßnahmen.

7. Zutrittsrechte

- 7.1 Der Auftraggeber übergibt bei Vertragsbeginn alle Schlüssel von Gasanlagen und sonstigen Anlagen an den Auftragnehmer, die zur Erfüllung der Aufgaben aus diesem Vertrag erforderlich sind und gestattet dem Auftragnehmer sowie dessen Beauftragten jederzeit den Zutritt.
- 7.2 Der Auftragnehmer und seine Beauftragten werden vom Zutrittsrecht nur insofern Gebrauch machen, als es zur Durchführung der Aufgaben aus diesem Vertrag erforderlich ist.
- 7.3 Der Auftraggeber wird sein Zutrittsrecht nur in Abstimmung mit dem Auftragnehmer und nur durch unterwiesene Personen oder in Begleitung des Auftragnehmers wahrnehmen.

8. Vergütung, Preisgleitung

- 8.1 Die Entgelte für die technische Betriebsführung (wiederkehrende und abrufbare Leistungen) ergeben sich aus dem Preisblatt Betriebsführung, Stand: TT.MM.2026 auf Grundlage des verbindlichen Angebotes des Bieters vom TT.MM.2026 (Anlage 2).
- 8.2 Für wiederkehrende Leistungen zahlt der Auftraggeber an den Auftragnehmer einen jährlichen Pauschalbetrag. Der Pauschalbetrag ist für den jeweils im Preisblatt angegebenen Zeitraum unveränderlich. Sollte der Vertrag gemäß Ziffer 11.1 für den Zeitraum vom 01.01.2030 bis 31.12.2032 verlängert werden, wird die Pauschale ab dem 01.01.2030 unter Berücksichtigung eines dann ggf. veränderten Mengengerüsts für die Positionen 5.1.1 bis 5.1.7 unter Zugrundelegung der angebotenen Einzelpreise entsprechend angepasst. Sollte der Vertrag gemäß Ziffer 11.1 für den Zeitraum vom 01.01.2033 bis 31.12.2035 verlängert werden, wird die Pauschale ab dem 01.01.2033 unter Berücksichtigung eines dann ggf. veränderten Mengengerüsts für die Positionen 5.1.1 bis 5.1.7 unter Zugrundelegung der angebotenen Einzelpreise entsprechend angepasst.
- 8.3 Für abrufbare Leistungen zahlt der Auftraggeber an den Auftragnehmer grundsätzlich den tatsächlichen Zeit- und / oder Materialaufwand, sofern in dem Preisblatt Betriebsführung, Stand: TT.MM.2026 auf Grundlage des verbindlichen Angebotes des Bieters vom TT.MM.2026 (Anlage 2) nicht ausdrücklich etwas anderes, beispielsweise eine Pauschale, geregelt ist. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber alle abrufbaren Leistungen in geeigneter Weise nachweisen.

- 8.3.1 Für Leistungen durch eigenes Personal des Auftragnehmers sowie durch fremdes Personal – soweit es sich um Personal eines mit dem Auftragnehmer im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmens handelt – werden die jeweiligen Verrechnungspreise des Auftragnehmers zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses (ggf. verändert aufgrund der Preisgleitung in Ziffer 8.4) in Rechnung gestellt. Leistungen von sonstigem Personal dritter Unternehmen werden auf Basis der jeweils gestellten Fremdrechnung gemäß Ziffer 8.3.3 abgerechnet.

Die Verrechnungssätze für Personal erhöhen sich für den Fall der Nacht-, Sonntags-, Feiertags- oder Samstagsarbeit bzw. der Arbeit am 24.12. und am 31.12. jeweils entsprechend der im TV-V genannten prozentualen Aufschläge.

- 8.3.2** Pauschalbeträge in €/LE oder in €/Meter für abrufbare Leistungen sowie prozentuale Aufschläge für abrufbare Leistungen sind für den im Preisblatt jeweils angegebenen Zeitraum unveränderlich.

- 8.3.3 Der Auftraggeber vergütet dem Auftragnehmer die bei diesem anfallenden Kosten für Material zuzüglich eines prozentualen Aufschlags für Koordination und Lagerhaltung.

- 8.3.4 Der Auftraggeber vergütet dem Auftragnehmer die bei diesem anfallenden Kosten für Bauleistungen, jedoch ohne durch den Dritten in Rechnung gestellte eventuelle Aufschläge für Planung, Projektierung und Dokumentation, die für die Durchführung des Vertrages im Einzelfall von Dritten, ggf. auch von verbundenen oder assoziierten Unternehmen, gegenüber dem Auftragnehmer erbracht werden zuzüglich eines prozentualen Aufschlags für Planung, Projektierung und Dokumentation.

- 8.3.5 Der Auftraggeber vergütet dem Auftragnehmer die bei diesem anfallenden Kosten für besondere Werkzeuge, Geräte und Fahrzeuge, die vom Auftragnehmer für die Durchführung des Vertrages im Einzelfall von Dritten, ggf. auch von verbundenen oder assoziierten Unternehmen, angemietet werden müssen, zuzüglich eines prozentualen Aufschlags für Koordination.

- 8.3.6 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Beschaffung von Material, der Anmietung von Werkzeugen, Geräten und Fahrzeugen deren Kosten voraussichtlich einen Betrag von € 750,00 je Einzelstück übersteigen oder bei der Beauftragung von Bauleistungen Dritter gemäß Ziffer 8.3.4 mindestens drei Angebote von verschiedenen Anbietern einzuholen und das wirtschaftlich günstigste auszuwählen. Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber das von ihm ausgewählte Angebot und die eingeholten Vergleichsangebote vorlegen. Dieser Pflicht kommt der Auftragnehmer auch nach, wenn er nachweist, dass die Leistungen Dritter in einem wettbewerblichen Verfahren (förmliches oder nicht förmliches Bieterverfahren) ermittelt worden sind und er dem Auftraggeber die Ergebnisse zur Verfügung stellt.

- 8.3.7 Erfolgen Maßnahmen des Auftraggebers gemeinsam mit Maßnahmen der Marktgemeinde Feucht, wird der Auftraggeber, sofern wirtschaftlich sinnvoll, zusammen mit der Marktgemeinde Feucht ein gemeinsames Bauunterneh-

men beauftragen. In diesem Fall umfasst das Angebot des Auftragnehmers die Leistungen ohne Bauleistungen.

- 8.4 Die Verrechnungssätze gemäß dem verbindlichen Angebot des Bieters vom TT.MM.20JJ (Anlage 2) sind – erstmals zum 01.01.20JJ – veränderlich nach den nachfolgend geregelten Bestimmungen.

- 8.4.1 Die Verrechnungssätze für Personal erhöhen oder vermindern sich anhand folgender Formel:

$$K_n = K (P_A + P_L \times (1 + S))$$

K = Verrechnungssatz (ohne Umsatzsteuer) vor Preisanpassung

K_n = neuer Verrechnungssatz (ohne Umsatzsteuer)

P_A = 0,10 (Allgemeinkostenanteil von 10 %)

P_L = 0,90 (Lohnkostenanteil von 90 %); (P_A+P_L=100%)

S = Steigerung der Entgelttabelle des TV-V in Prozent

Maßgebender Tarifvertrag: TV-Versorgungsbetriebe

Maßgebende Lohngruppe: Entgeltgruppe 8 Stufe 3

Basiswert des Tabellenentgeltes des TV-V zum 01.01.2026: 4.614,59 Euro/Monat.

- 8.4.2 Die Anpassung der Verrechnungssätze erfolgt jeweils mit Wirkung für die Zukunft einmal jährlich zum 01.01 (Anpassungszeitpunkt). Bezugszeitpunkt für die Steigerung der Entgelttabelle des TV-V in Prozent (S) ist jeweils der dem Anpassungszeitpunkt vorausgehende 31.12. Die Anpassung der Verrechnungssätze erfolgt erstmalig zum 01.01.2029 auf Basis des am 31.12.2026 geltenden Tabellenentgeltes des TV-V in der Entgeltgruppe 8 Stufe 3.

- 8.4.3 Die sich bei der Berechnung ergebenden Werte werden ohne Rundung auf zwei Dezimalstellen genau ermittelt. Die sich bei Anwendung der Preisänderungsformeln ergebenden neuen Preise werden jeweils auf zwei Dezimalstellen gerundet.

- 8.4.4 Änderungen der Verrechnungssätze sind dem Auftraggeber durch den Auftragnehmer rechtzeitig anzuzeigen und durch die Übermittlung eines geänderten Preisblattes zu dokumentieren.

- 8.5 Alle im Preisblatt Betriebsführung, Stand: TT.MM.2026 auf Grundlage des verbindlichen Angebotes des Bieters vom TT.MM.2026 (Anlage 2) genannten Preise bzw. die auf Basis der Preisgleitformeln berechneten Preise sind Nettopreise, zu denen die Umsatzsteuer in der jeweils gesetzlichen Höhe (derzeit 19 %) hinzuzurechnen ist.

9. Abrechnung, Zahlung

- 9.1 Für die wiederkehrenden Leistungen zahlt der Auftraggeber jährliche Pauschalen. Zum jeweils letzten Tag des letzten Monats eines Quartals stellt der Auftragnehmer eine

transparente und nachvollziehbare Quartalsrechnung in Höhe von einem Viertel der jährlichen Pauschale.

- 9.2 Abrufbare Leistungen werden spätestens sechs Wochen nach Abschluss einer Maßnahme abgerechnet, sofern alle für die Abrechnung erforderlichen Informationen und Unterlagen beim Auftragnehmer vorliegen. Der Auftragnehmer wird sich bemühen, die erforderlichen Informationen und Unterlagen rechtzeitig von seinen Dienstleistern und Unterbeauftragten zu erhalten. Dies gilt insbesondere für die Erstellung von Hausanschlüssen oder die Beseitigung von durch Dritte verursachten Schäden.

Es wird unwiderleglich vermutet, dass dem Auftragnehmer alle für die Abrechnung erforderlichen Informationen und Unterlagen seitens des Auftraggebers spätestens mit Abschluss der jeweiligen Maßnahme vollständig übermittelt wurden, sofern der Auftragnehmer nicht innerhalb von zwei Wochen nach Maßnahmenabschluss schriftlich und unter konkreter Bezeichnung der fehlenden Informationen oder Unterlagen deren Unvollständigkeit beim Auftraggeber rügt. Eine pauschale Rüge genügt nicht.

- 9.2.1 Aus den Rechnungen müssen die jeweiligen Kosten für Leistungen von eigenem Personal des Auftragnehmers sowie von fremdem Personal und die Kosten für Material, Werkzeuge, Geräte und Fahrzeuge, die vom Auftragnehmer für die Durchführung des Vertrages im Einzelfall von Dritten angemietet werden müssen, transparent und nachvollziehbar hervorgehen. Insbesondere sind Materialkosten und die Kosten für Werkzeuge, Geräte und Fahrzeuge, die vom Auftragnehmer für die Durchführung des Vertrages im Einzelfall von Dritten angemietet werden müssen (unter Vorlage der Angebote gemäß Ziffer 8.3.6), prozentuale Aufschläge für Koordination und Lagerhaltung sowie der Stundenaufwand von eigenem und fremdem Personal separat aufzuführen. Rechnungen von Fremdfirmen sind der Abrechnung in Kopie beizufügen.
- 9.2.2 Bei umfangreicheren Maßnahmen ist die Abrechnung von Teilleistungen zulässig. Nach Abschluss einer solchen Maßnahme wird innerhalb von längstens sechs Wochen eine Endabrechnung erstellt.
- 9.2.3 Stellt der Auftragnehmer entgegen seiner vertraglichen Verpflichtungen nicht innerhalb von sechs Wochen nachdem ihm alle für die Abrechnung erforderlichen Informationen und Unterlagen vorliegen, eine Rechnung, so gelten folgende gestufte Sanktionen:
- Verzug von mehr als 6 bis 8 Wochen: Der Auftragnehmer schuldet einen pauschalen Abzug von 5% des Rechnungsbetrags der verspätet abgerechneten Maßnahme.
 - Verzug von mehr als 8 bis 10 Wochen: Der Auftragnehmer schuldet einen pauschalen Abzug von 10% des Rechnungsbetrags der verspätet abgerechneten Maßnahme.

- Verzug von mehr als 10 Wochen: Der Auftragnehmer schuldet einen pauschalen Abzug von 20% des Rechnungsbetrags der verspätet abgerechneten Maßnahme.
- Verzug von mehr als 15 Wochen: Der Auftraggeber ist berechtigt, die Vergütung für die betreffende Maßnahme vollständig zu verweigern (Ausschluss des Vergütungsanspruchs). Der Auftragnehmer kann sich auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung nicht berufen.

Die Abzüge sind auf den jeweiligen Rechnungsbetrag anzurechnen und können vom Auftraggeber im Wege der Aufrechnung geltend gemacht werden. Die Geltendmachung weitergehender Schäden bleibt unberührt; in diesem Fall werden die pauschalen Abzüge angerechnet.

Die Parteien sind sich einig, dass die pauschalen Abzüge eine angemessene Schätzung des dem Auftraggeber durch verspätete Abrechnung entstehenden Schadens (insbesondere durch eingeschränkte Liquiditätsplanung und erhöhten Verwaltungsaufwand) darstellen.

- 9.3 Rechnungen sind ohne Abzug innerhalb von drei Wochen ab Zugang beim Auftraggeber zur Zahlung fällig.

10. Haftung, höhere Gewalt

- 10.1 Die Vertragspartner haften einander für Schäden nur, soweit diese vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht wurden. Dies gilt nicht für Schäden, die auf der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit oder auf der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (sog. Kardinalpflichten) beruhen.
- 10.2 Im Falle einer Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, welche auf anderen Umständen als Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit beruht, ist die Haftung auf den bei Abschluss des Vertrages als mögliche Folge der Vertragsverletzung vorhergesehenen oder unter Berücksichtigung der Umstände vorhersehbaren Schaden beschränkt. Gleiches gilt bei grob fahrlässigem Verhalten einfacher Erfüllungsgehilfen (nicht leitende Angestellte) außerhalb des Bereichs der wesentlichen Vertragspflichten sowie der Lebens-, Körper- oder Gesundheitsschäden.
- 10.3 Soweit die Haftung der Vertragspartner ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungs- und/oder Verrichtungsgehilfen der Vertragspartner.
- 10.4 Die Haftung des Auftraggebers gemäß der „Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck“ (Niederdruckanschlussverordnung – NDAV) wird durch diesen Betriebsführungsvertrag nicht berührt. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber im Innenverhältnis von diesen Schadensersatzansprüchen freistellen, sofern der Schaden durch eine Verletzung von

Aufgaben des Auftragnehmers verursacht wurde. Dies gilt insbesondere, sofern der Auftragnehmer im Auftrag des Auftraggebers Unterbrechungen der Anschlussnutzung vornimmt.

- 10.5 Sollte der Auftragnehmer durch Fälle höherer Gewalt oder durch sonstige Umstände, die abzuwenden nicht in seiner Macht stehen, an der Erfüllung seiner Pflichten gehindert sein, so ruhen seine Pflichten für die Dauer der unabwendbaren Ereignisse. In solchen Fällen ist der Auftragnehmer gehalten, mit allen zumutbaren Mitteln die Wiederaufnahme der Vertragserfüllung zu betreiben. Eine Verpflichtung zur Leistung von Schadensersatz besteht nicht.
- 10.6 Die Vertragspartner übernehmen im Übrigen keine Haftung für Störungen im Übertragungsweg beim Datenaustausch, es sei denn, die Störungen sind von einem der beiden Vertragspartner bzw. deren Erfüllungs- bzw. Verrichtungsgehilfen verschuldet. Maßgebend für die ordnungsgemäße Übertragung ist der Ausgang der Daten beim jeweiligen Vertragspartner.

11. Laufzeit, Kündigung

- 11.1 Der Vertrag tritt zum 01.01.2027 in Kraft und läuft bis zum 31.12.2029. Der Auftraggeber erhält die Möglichkeit, den Vertrag einseitig zweimal um jeweils weitere drei Jahre (bis max. 31.12.2035) zu verlängern. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer über die Ausübung des ersten Verlängerungsrechtes spätestens bis zum 30.06.2029 bzw. des zweiten bis spätestens 30.06.2032 informieren. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- 11.2 Im Falle der Beendigung des Vertragsverhältnisses werden begonnene Maßnahmen durch den Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers zu Ende geführt.
- 11.3 Bei Beendigung des Vertragsverhältnisses ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber sämtliche Unterlagen, Materialien, Dokumente, Daten und Gegenstände, die der Auftragnehmer vom Auftraggeber erhalten hat bzw. die im Rahmen der Betriebsführung erstellt worden sind, auf erste Anforderung hin vollständig und unentgeltlich zurückzugeben. Dies beinhaltet auch digitale Plan- und Assetdaten aus dem Geoinformationssystem des Auftragnehmers. Diese sind in digitaler Form und in einem üblichen und verarbeitbaren Format bereitzustellen. Der Auftragnehmer darf keine Kopie, Ablichtung o. ä. davon behalten. Vom Auftragnehmer im Rahmen der Vertragserfüllung gespeicherte Daten sind an den Auftraggeber zu übertragen bzw. - soweit möglich - in maschinenlesbarer Form zu übergeben.

12. Schlussbestimmungen

- 12.1 Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag können mit Zustimmung des jeweils anderen Vertragspartners ganz oder teilweise auf einen Dritten übertragen werden. Die Zustimmung darf nicht verweigert werden, sofern die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des eintretenden Dritten gewährleistet ist. Der Zustimmung bedarf es

nicht bei der Übertragung auf verbundene Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. AktG. Im Fall der Gesamtrechtsnachfolge oder der Rechtsnachfolge nach dem Umwandlungsgesetz oder in sonstigen Fällen der rechtlichen Entflechtung des Netzbetriebs gemäß § 7 EnWG gehen die Rechte und Pflichten des Vertrages ohne Zustimmung über.

- 12.2 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen hiervon unberührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die ungültigen oder undurchführbaren Bestimmungen durch andere, ihrem wirtschaftlichen Erfolg möglichst gleichkommende, zu ersetzen. Dies gilt entsprechend bei unbeabsichtigten Regelungslücken.
- 12.3 Sollten sich die für das Vertragsverhältnis bestimmenden Umstände wesentlich ändern und dadurch für einen der Vertragspartner das Festhalten am Vertrag nicht mehr zumutbar sein, so werden die Vertragspartner den Vertrag baldmöglichst den geänderten Rahmenbedingungen anpassen.
- 12.4 Der Auftraggeber ist damit einverstanden, dass ihre dem Auftragnehmer im Rahmen der Geschäftsbeziehungen zugehenden firmen- und personenbezogenen Daten in einer EDV-Anlage entsprechend der Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes gespeichert, automatisch verarbeitet und, soweit dies im Rahmen des Geschäftsbetriebs erforderlich ist, an Dritte weitergegeben werden.
- 12.5 Die Vertragspartner verpflichten sich, die jeweils zur Verfügung gestellten Daten und Informationen in Zusammenhang mit diesem Vertrag, vertraulich zu behandeln. Nach Beendigung dieses Vertrages werden die Vertragspartner die im Zusammenhang mit der Leistungserstellung gemäß diesem Vertrag stehenden Daten und Unterlagen auf Verlangen der jeweils anderen Vertragspartner herausgeben. Die Vertragspartner stellen des Weiteren sicher, dass alle Personen, die von ihnen mit der Bearbeitung dieses Vertrages oder mit der Erbringung von Leistungen nach diesem Vertrag betraut sind, das Bundesdatenschutzgesetz beachten und auch sonstige Informationen, soweit sie nicht offenkundig sind, nicht an Dritte weitergeben oder sonst verwendet werden.
- 12.6 Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages bedürfen für ihre Wirksamkeit der Schriftform. Gleiches gilt für die Änderung der Schriftformklausel. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- 12.7 Gerichtsstand für Kaufleute i.S.d. Handelsgesetzbuches, juristische Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich-rechtliche Sondervermögen ist Feucht.

.....
(Ort, Datum)

.....
(Ort, Datum)

.....
Auftraggeber

.....
Auftragnehmer